

CDU-Fraktion, Lokstedter Weg 24, 20251 Hamburg

An
die Vorsitzende der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Frau Dagmar Wiedemann

11.03.2014
ber

ANTRAG

Betr.: SPD-Busbeschleunigungsprogramm an der Kreuzung Fuhlsbüttler Straße/Alte Wöhr/Langenfort Stadtteilrat Barmbek-Nord unterstützen, Pläne des SPD-Senats stoppen und bessere Alternativen durchsetzen!

Derzeit finden in zahlreichen Stadtteilen Hamburgs und des Bezirks Hamburg-Nord Planungen statt, im Rahmen des SPD-Busbeschleunigungsprogramms Straßen umzubauen und Quartiere mit historisch gewachsenen Strukturen dauerhaft zu verändern.

An vielen Beispielen (Mühlenkamp, Siemersplatz, Lange Reihe) wird derzeit offenkundig, dass das Busbeschleunigungsprogramm des SPD-Senats verkehrspolitisch keinen Sinn ergibt, sondern wie ein Bulldozer über die Quartiere fährt, den Charme ganzer Stadtteile zerstört, dazu noch mehr als 250 Millionen Euro kostet - und das alles dafür, dass die Busse wenige Sekunden schneller fahren sollen.

Die CDU vertritt daher die bereits bei verschiedenen Debatten geäußerte Auffassung, dass diese finanziellen Mittel besser in die Verbesserung der Sauberkeit, die Pflege der Infrastruktur unserer Stadt (kaputte Straßen, Rad- und Gehwege) und den wirklichen Ausbau der dringend notwendigen Kapazitäten im öffentlichen Nahverkehr investiert werden sollten.

Neben den genannten Beispielen kommt nun in Barmbek-Nord ein weiterer Fall hinzu: An der Kreuzung Fuhlsbüttler Straße/Alte Wöhr/Langenfort plant der SPD-Senat einen großen Eingriff und Umbau des Knotenpunktes Fuhlsbüttler Straße/Alte Wöhr/Langenfort. Viele Menschen und örtliche Institutionen in Barmbek-Nord beklagen zu Recht, dass die derzeitigen Planungen des SPD-Senats nicht nur ohne jegliche Bürgerbeteiligung zustande gekommen sind, sondern auch das Quartier negativ verändern würden. In einem aktuellen Papier hat der Stadtteilrat Barmbek-Nord sehr nachvollziehbar aufgeführt, warum die derzeitigen Pläne des SPD-Senats abzulehnen sind. Sie widersprechen dem Freiraumentwicklungskonzept, bedeuten für alle Verkehrsteilnehmer eine Verschlechterung der Sicherheit und führen zu Stau.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung folgenden Antrag, der u.a. auf die Petition des Stadtteilrates Barmbek-Nord vom 27. Februar 2014 zurückgeht, beschließen:

- 1)
 - Die derzeitige Planung an der Kreuzung Fuhlsbüttler Straße/Alte Wöhr/Langenfort widerspricht dem **Freiraumentwicklungskonzept**. Ein wesentliches Element zur Erhöhung der Lebensqualität im Stadtteil stellt die Wiederherstellung der historischen Grünzüge auf Basis der Planung von Fritz Schumacher dar. Der Kreuzungspunkt befindet sich direkt an einer solchen, ost-westlich verlaufenden Grünzugachse, die im östlichen Teil erfolgreich rekonstruiert werden konnte. Die jetzige Planung macht eine konsequente Fortsetzung der Grünwege-Beziehungen unmöglich.
 - Die derzeitige Planung verursacht durch umständliche und unintuitive Wegeführung ein erhebliches **Sicherheitsproblem** nicht nur für Fußgänger und Radfahrer, die diese Kreuzung queren möchten, sondern auch für Linksabbieger aus Norden kommend.
 - Die Neuplanung führt zu einer Verschlechterung des Verkehrsflusses für die PKW. Insbesondere ist ein erheblicher **Rückstau** in der Lauensteinstraße Richtung Neue Wöhr bei Abfahrt vom Ring 2 zu erwarten.
 - Die **Kosten** für dieses Bauvorhaben stehen in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Vorteilen (Fahrzeitverkürzungen).
 - Als sinnvolle, zielführende und kostengerechte Maßnahme wird die Verlegung der Bushaltestellen in Fahrtrichtung hinter die Kreuzung begrüßt.“
- 2) Die derzeitigen Busbeschleunigungsplanungen des SPD-Senats an der Kreuzung Fuhlsbüttler Straße/Alte Wöhr/Langenfort werden gestoppt. Sie sind seitens des SPD-Senats gemäß den oben beschlossenen Punkten zu überarbeiten und dem Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst in öffentlicher Sitzung erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- 3) Der Bezirksamtsleiter setzt sich bei den zuständigen Fachbehörden dafür ein, dass keine Umsetzung des Vorhabens ohne Modifizierung im Sinne der Institutionen und Anwohner des betroffenen Stadtteils erfolgt. Ferner sind in die weiteren Planungen die ortsansässigen Institutionen und Anwohner im Rahmen von Planungswerkstätten und im Stadtteil stattfindenden Sitzungen des Regionalausschusses einzubeziehen.

Dr. Andreas Schott
Fraktionsvorsitzender

Jens Grapengeter
Christoph Ploß